

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 22

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

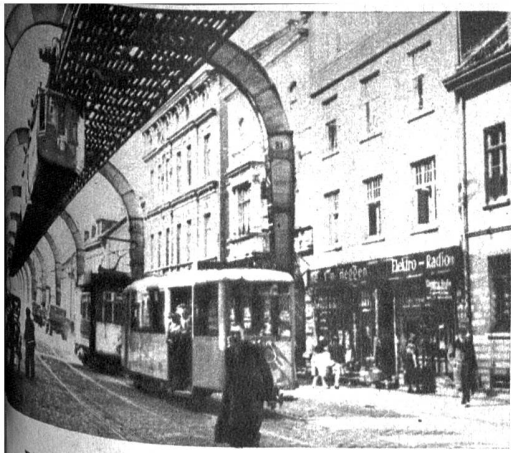
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die „hängende Strassenbahn“ wieder in Betrieb

Die beiden in der Rheinprovinz liegenden grossen Industriestädte Elberfeld-Barmen verbindende Hochbahn, welche ihren Betrieb wegen Kriegsbeschädigung einstellen müssen, ist repariert worden und dient dem Personenverkehr. Die Kabinen der Hochbahn sind an einer Laufschiene aufgehängt. Unser Bild zeigt eine Begegnung der Strassenbahn mit der Hochbahn in der Sonnerborner Strasse in Wuppertal. (Photopress)

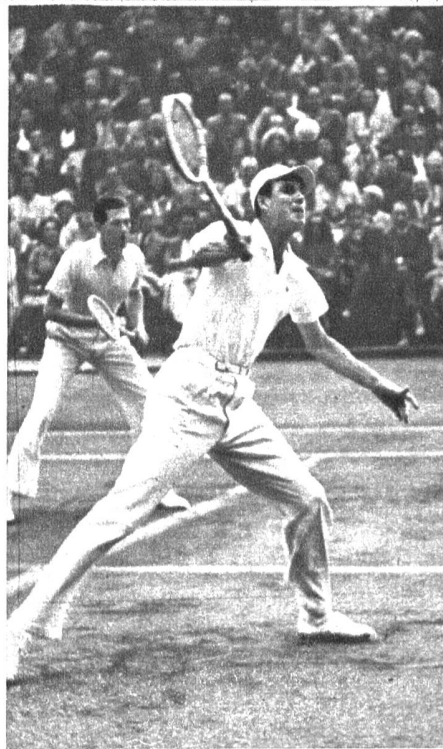


Das palästinensische Problem unlösbar?

Die gegenseitige friedliche Zusammenleben der Araber und Juden in Palästina beweist, dass es die Extremisten auf beiden Seiten sind, die Palästina zu einem Weltproblem machen lassen. Von einem gegenseitigen Hass zwischen beiden Rassen ist in den Städten in Palästina wenig oder nichts zu bemerken. Unser Bild zeigt (links) eine jüdische Strassenhändlerin, (rechts) einen arabischen Erdnüsse und Zigaretten verkauft bei der Begegnung einer jüdischen Kundin. (Photopress)



Am 15. Juni gelangen die neuen Bundesfeiermarken, die zum Reinerlös für die Schweizer im Auslande bestimmt sind, zur Ausgabe. Mit diesen Postwertzeichen wird die letzte Serie des Jahres 'Arbeit und Leben' fortgesetzt. Unser Bild zeigt einen Käser an der Arbeit. Entwurf Paul Boesch, Bern. Die 10-Cts-Marke zeigt ein Appenzellerhaus. Entwurf Wilhelm Koch, und die 30-Rp-Marke trägt das Bildnis eines Engadinerhauses, entworfen von Wilhelm Koch. (Photopress)



Davis-Cup-Ländermatch in Montreux: Schweiz : Frankreich 2 : 3

Die beiden Franzosen Petra-Bernard gewannen das Doppelspiel gegen Jost Spitzer-Buser sicher in drei Sätzen. (Photopress)



Die berühmte Mannschaft von Chelsea London begann ihre Schweizer Tournee am Sonntag mit einem Spiel gegen die Zürcher Young Fellows und gestaltete das erste Auftreten gleich zu einem klaren 5:0-Sieg.

Unser Bild: Tom Lawton überragt hier im Kopfballspiel gleich zwei Zürcher und dirigiert das Leder im nächsten Sekundenbruchteil präzise aufs Tor. (Photopress)

... Im Regen und im Sturm!

Erstklassige ausländische und schweizerische Besetzung kennzeichnete die 5. «Vier-Kantone-Rundfahrt», die bei den Berufsfahrern zu einem überaus spektakulären Rennen wurde, das der Belgier Van Steenberghe nach einem letzten Duell mit dem Schweizer Kern für sich entschied. Von rechts nach links zeigt unser Bild Van Steenberghe (Belgien, 7. Rang), Kern (Zürich, 2. Rang), Bolliger (Zürich, 3. Rang) und Leo Weilenmann (Zürich) (ATP)



Während die meisten kantonalen Schwingertage den sonntäglichen ergebnissen Regen- güssen zum Opfer fielen und verschoben werden mussten, erwiesen sich die Basler Schwinger als wetterfest. Dort triumphierte der Einheimische Peter Vogt (hinten), der sechs gewonnene Gänge aufweisen konnte.



POLITISCHE RUNDSCHAU

Glücklicher Abschluss in Washington

-an- Es ist nun auch die zweite glückliche Meldung über den Ozean gekommen: Unsere Delegation hat erwirkt, dass die «Schwarzen Listen» aufgehoben werden sollen und hat ferner die blockierten schweizerischen Guthaben freibekommen. Das zweite ist noch wichtiger als das erste. Wenn man auch nicht sicher weiss, um wieviele Milliarden es eigentlich geht, um anderthalb, zweieinhalb oder gar sechs Milliarden sind es jedenfalls. Und was es ausmacht, ob wir darüber verfügen können, oder ob sie einfach still liegen und praktisch genau so eingefroren sind wie die Zahl nach fast gleich hohen Haufen im Dritten Reiche, das wird man bald in unserem Geschäftsleben verspüren.

Bekanntlich finanzieren wir unsere gegenwärtigen Einfuhrüberschüsse weitgehend durch ausländische Guthaben, die am vorteilhaftesten durch Warenkäufe realisiert werden. Selbstverständlich gibt es darin Grenzen... Grenzen für die eigene Wirtschaftsgesundheit. Ungesund würde zweifellos auch das «Hereinnehmen» von allzuvielen hundert Millionen ins Inland sein. Was aber zu wünschen ist, das ist dies: Dass unsere wirtschaftliche Tätigkeit jenseits der Grenzen sich auf Grund unserer Kapitalguthaben ausdehne. Das Problem der Kapitallenkung jenseits und diesseits der Landesgrenze wird wieder einmal akut. Die Vorstellung mancher Leute, als ob nun ein segensreicher Goldstrom gleich der warmen Golfströmung über den Atlantik komme — immerhin doch wohl nur in jene Häuser, die drüben Guthaben besitzen — erfährt wahrscheinlich die und jene Korrektur! Am Ende finden unsere Behörden, es brauche «gar nicht alles» herein zu kommen, solange bei uns die Geldflüssigkeit so gross sei. Und gar Geld, das nur für die noch weitere Aufblähung unseres industriellen Apparates heimgeholt würde, möchte als gefährlich angesehen werden. Wir möchten damit sagen, dass der zweite Teil der «Deblockierung» unserer Amerikamilliarden erst noch studiert werden muss und zwar durch uns selber.

Demgegenüber erleiden wir einen gewissen Aderlass, der sich aus der Regelung der Frage deutscher Guthaben ergibt. 250 Millionen bezahlen wir «als Anzahlung» auf die Rechnung, die nach der endgültigen Feststellung des deutschen Raubgoldes, welches zu uns verschoben worden, aufgestellt wird. Und zwar 250 Millionen in Gold. Im übrigen ist das Vernünftigste getan worden, was man überhaupt tun konnte: Die Alliierten erhalten die Hälfte der festgestellten und noch festzustellenden deutschen Vermögen. Damit kommt niemand auf den Verdacht, als ob wir möglichst wenig feststellen möchten. Geschont wird «altes deutsches Vermögen», nicht geschont solches, das Leuten gehört, die draussen wohnen oder die wir ausweisen. Wieviele hundert Millionen das schliesslich ergeben wird, spielt nun keine wichtige Rolle mehr, da ja alles halbiert wird. Was uns dabei zufällt, kann der Bund den Deutschlandschweizern zuhalten, die so schwer geschädigt worden — und den übrigen Deutschlandgläubigern unter uns. Es ist immer noch wenig, gemessen an den Schäden. Gottseidank ist drüben in Amerika nicht auf gleiche Weise und nicht ebensoviel verloren worden.

Antistreikgesetz in USA

In den Vereinigten Staaten hat sich etwas ereignet, das unter Umständen schwerwiegende historische Folgen haben kann. Repräsentantenhaus und Senat nahmen sozusagen im Blitzverfahren ein neues Gesetz an, welches die Aktionsfreiheit der Gewerkschaften grundsätzlich beschneidet. Findet der Präsident, dass eine Arbeitsniederlegung von aussergewöhnlichem Umfange «die nationale Wirtschaft gefährde», dann kann er Massnahmen ergreifen, um einen

solchen Streik zu brechen. Welche Mittel er dabei anwenden darf, ergibt sich aus den ersten Meldungen über die Angelegenheit nicht. Indessen kann man den Schluss ziehen, es handle sich um ähnliche Massnahmen, wie sie Mr. Truman gegen die Viertelmillion streikender Eisenbahner angedroht hat: Um die Uebernahme aller Bahnen durch die Regierung, um ihre Ingangsetzung durch Truppen, und um die Mobilisierung der Streikenden, die damit den Militärgesetzen unterstellt werden.

Sobald die Kunde von dieser plötzlich durchgedrückten Neuerung bekannt wurde, brachen die Eisenbahner ihren Streik ab. Die geforderte Lohnerhöhung von 18½ Cents erhielten sie. Versprochen wurde ihnen auch, man werde über die besondere Bezahlung von Ueberstunden und Nacharbeit verhandeln. Infolge dieses Uebereinkommens werden die Arbeiter und Angestellten nicht absolut die Geschlagenen sein und vor allem nicht das Gefühl einer schweren Niederlage mit sich in den neu angetretenen Dienst nehmen. Insgeheim aber werden sie sich sagen müssen, dass etwas geschehen, was schwerer wiege als das neue Lohnabkommen. Es wird ihnen zum Bewusstsein kommen, dass von nun an über sämtlichen gewerkschaftlichen Aktionen grösseren Stils ein Damoklesschwert hängt, das mehr oder weniger gefährlich werden könnte, je nach den Gevalthabern, die über die Anwendung des Antistreikgesetzes zu wachen haben. Der Begriff «Störung der nationalen Wirtschaft» ist sehr dehnbar. Ein weitherziger Demokrat als Präsident wird nicht jedesmal von einer solchen Störung sprechen, wenn irgendwo eine Organisation feiert, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Ein Autokrat jedoch kann den Tatbestand in jedem beliebigen Falle als erfüllt ansehen.

Die Probe aufs Exempel, wie weit Mr. Truman in seiner Auslegung der neuen Bestimmungen gehen wird, kann unter Umständen sofort erfolgen. Denn es wird andauernd in erheblichem Umfange gestreikt. Die Kohlengruben sind ganz gewiss von «nationalem wirtschaftlichem Interesse», besonders in jetziger Zeit. Die Schifffahrt ist es auch. Die Kohlenarbeiter aber befinden sich auch Ende Mai teilweise noch im Ausstand, und die Schifffahrtsgesellschaften verhandeln, um einen auf den 15. Juni angesetzten Hafentarbeiter-Ausstand zu vermeiden. Man wird annehmen dürfen, dass sich die grossen Unternehmungsgesellschaften nach Annahme des Gesetzes stärker als vorher fühlen werden. Ob mit Recht oder Unrecht, ist eine Frage für sich. Die öffentliche Meinung, der Mann auf der Strasse, der grosse Haufe, der nichts mit den Organisationen zu tun hat, legt den Willen des Gesetzgebers jedenfalls so aus, dass er für die «Arbeitgeber» und gegen die «Streiker» beschlossen habe und nicht umgekehrt.

Für den Beobachter, der die Entwicklung in USA schon während des Krieges und nun seit dem Kriegsende verfolgt hat, kam die Wendung nicht ganz unerwartet. Längst war es klar, dass «Truman nicht Roosevelt» sei. Dass er nicht ein so unbedingter Verfechter des «New Deal» sei wie dessen verstorbener Schöpfer. Dass auf ihn nicht dieselben Kreise setzten wie jene, die Roosevelt für sich gewonnen hatte. Gänzlich ausgeschaltet sind die Ideen Roosevelts nicht, aber es herrscht ein Zwiespalt zwischen ihnen und altem Gedankengut, das vor Roosevelt die Politik der Regierung in Wirtschaftsfragen beherrscht hatte. Man könnte diesen Zwiespalt in einen einzigen Satz zusammenfassen: Roosevelt war mehr als Truman entschlossen, einen starken Binnenmarkt aufzubauen und zu diesem Zwecke die Forderungen der Arbeiter, die ja die gewaltige Masse der Käufer stellen, so weit als nur möglich zu befürworten. Truman aber hört mehr auf jene Kreise, die fürchten, die

Exportfähigkeit der USA müsste leiden, wenn das Lohnniveau noch mehr als bisher in die Höhe getrieben würde, und statt zu exportieren, müsste man bald einen billigeren ausländischen Import fürchten, der dann der eigenen Wirtschaft das Genick bräche. So zweifelt man. Der Schwung des Roosevelt'schen Experiments ist gebrochen. Man wird nicht mehr wagen, der Produktion kühn den Antrieb eines systematischen Preis- und Lohnaufbaus zu geben, und man wird auch nicht die allfällige Konsequenz, den Abbau der Dollarwährung, zu ziehen wagen. Darin liegt der Unterschied zwischen Truman und Roosevelt.

Das Antistreikgesetz ist nur ein Anfang, das ergibt sich aus der Tatsache, dass Mr. Truman ein Komitee aus Kongress- und Senatsmännern verlangt, welches «die Arbeitspolitik prüfen» solle, mit dem Zwecke, «die Anzahl der Streiks herabzusetzen». Er redete im übrigen von einer «neuen Gesetzgebung», die sich nicht nur auf die eine Vorlage beschränken kann. Arbeit und Kapital müssten in gleicher Weise gerecht behandelt werden. Keine Seite dürfe in selbstsüchtiger Weise das Gesetz — das heisst die bisher geltenden Bestimmungen — missbrauchen. Gewahrt werden müsse das Recht der Arbeiter, sich privaten Unternehmern gegenüber durch Streik zu wehren. Allein die USA werde das System des privaten Unternehmertums beibehalten, wobei aber allen Bürgern Gerechtigkeit widerfahren müsse.

Es gibt Propheten, die erklären, der «amerikanische Korporationstaat sei auf dem Marsche». Truman habe mit seinem plötzlichen Eingriffe den ersten Schritt auf ein solches Ziel hin getan. Die unter staatliche Oberaufsicht genommenen Gewerkschaften und die gleicherweise in Gesschranken gehaltenen Unternehmerverbände würden sich der umfassenden Polypenarme nicht erwehren können. Das notwendige Ende dessen, was jetzt angefangen, liege in staatlich genehmigten Lohnabkommen zwischen den beiden Parteien. Gewerkschaften, die einer solchen Genehmigung nicht beistimmen und allenfalls streiken möchten, hätten den Einrückungsbefehl für ihre Mitglieder zu gewärtigen. Unternehmer, falls sie ebenso scharf angefasst werden, müssten mit Beschlagnahme ihrer Betriebe zu handlen des Staates rechnen.

Wir möchten solche Weissagungen nicht wiederholen und noch weniger behaupten, der Fascismus halte in einer andern Form nun auch in USA seinen Einzug. Nur eines halten wir für wichtig: Die Frage, was man mit der angesagten «Ueberprüfung der Arbeitspolitik» zu erreichen beabsichtige. Will man mit der «Herabsetzung der Zahl von Streiks» die Lohnsteigerungen stoppen und das Heil auf den schrankenlosen Export setzen? Will man also das alte Rezept aller Deflationisten anwenden? Oder behält man sich vor, etwas weiter zu denken und... Roosevelt nicht ganz zu vergessen? Das heisst: Gilt noch der wichtige Satz des New Deal, der wenigstens zu Beginn der Roosevelt'schen Rettungsaktion galt: *Dass alle Welt bei steigenden Löhnen und Preisen wirtschaften könne, wogegen bei andauerndem Sinken beider alle Welt bankrott gehen müsse?* Je nach der Erfassung dieser Grundfragen im einen odern andern Sinne wird auch die künftige Entwicklung laufen. Das reine «Deflationsprogramm» wäre dann vermutlich jene geweisagte Bewegung auf einen Amerika-Fascismus hin.

Auch die Kehrseite dieser Gefahr darf nicht übersehen werden. Eine einsichtlose «Ueberprüfung der Arbeitspolitik», eine Drosselung der Organisationsfreiheit mit dem Zwecke des Lohnabbaus würde dem rufen, was man in USA bisher kaum gekannt hat: *Der Politisierung der Arbeiterbewegung.* Aus dem bedeutungslosen Zirkeln der kommunistischen Partei und aus den wenig einflussreichen sozialistischen Organisationen könnten sich eine dritte und vierte Massenpartei entwickeln. *Das Dogma, dass man die Macht im Staate erobern müsse, könnte mit einem Male ein Echo bekommen, dann nämlich, wenn man fühlen müsste, dass man die Macht des Staates gegen sich*

habt. Zur Zeit Roosevelts waren die Arbeitermassen überzeugt, dass sie am Staate unter Umständen einen gerechten Helfer hätten. Vielleicht steht einmal in den Geschichtsbüchern, dass sie diese Ansicht im zweiten Regierungsjahre Trumans zu verlieren begannen.

Es wird natürlich auch in den Geschichtsbüchern stehen, dass die furchtbare Kalamität, in welche das Land durch den zweitägigen Generalstreik der Eisenbahner geriet, der öffentlichen Meinung einen schweren Schock versetzt habe, und dass «306 gegen 13 Repräsentanten» und «49 gegen 29 Senatoren» dem Antistreikgesetz zugestimmt, zum Beweise, wie zweischneidig die konsequent angewendete Streikwaffe sei.

Die Wendung in USA international gesehen, ergibt einige weitere interessante Aspekte. Zunächst wird man sagen müssen, dass die öffentliche Meinung in USA und die Haltung der beiden Kammern ganz ohne Zweifel mitbestimmt wurde durch die verdüsterten aussenpolitischen Horizonte. Der Unterbruch der Aussenministerkonferenz in Paris bedeutet ja, dass Truman und Byrnes sich auf energische Aktionen vorbereiten, um am 15. Juni die Russen endlich zu Entscheidungen zu drängen. Truman hat vor einiger Zeit erklärt, dass er nicht in der Lage sei, das Kriegsende offiziell zu verkündigen. Dass er auf Grund des weiterdauernden Kriegsnotstandes imstande wäre, die Arbeiterbewegung an die Strippe zu nehmen. Im Zeichen der wachsenden Ungeduld beim grossen Publikum, das endlich wieder «normale Friedenszustände» in aller Welt sehen möchte, hat nun Truman zunächst innenpolitisch zugehauen. Man erwartet entsprechende aussenpolitische Angriffe. Auf jeden Fall muss man das «Wildwerden» der Massgeblichen und Verantwortlichen aus ein und derselben Atmosphäre heraus begreifen. Dazu kommt, dass die Hungeraktion, mit welcher sich die Welternährungskonferenz in Washington befasst, tatsächlich durch Streikaktionen geschädigt werden muss. Die amerikanische und englische Regierung können gerade jetzt keine «Ausfalltage» in Produktion und Transport ertragen. Das soeben eingesetzte «Welternährungsamt» wird nur funktionieren können, wenn es sich auf eine befriedete Wirtschaft stützt. Schon aus diesem Grunde muss man sagen, dass die gewaltige Aktion der Eisenbahner zur denkbar unglücklichsten Stunde gestartet worden, und wenn sich darauf eine amerikanische «Sozialreaktion» entwickeln sollte, müsste man sich fragen, warum die Streikleiter so wenig Gefühl für die Zeitlage aufbrachten!

Es arbeitet ja momentan fast alles, was in der Welt vorgeht, ihren Gegnern in die Hände. Persien hat mit den verschlagendsten Methoden verstanden, die «UNO» weiterhin mit dem Aserbeidschanproblem zu beschäftigen, und in USA muss der Zeitungsleser annehmen, die Russen ständen als getarnte «Tartarenarmee» immer noch in Täbris. Aus keinem andern Grunde hat der Gesandte Hussein Ali erklärt, die russischen Einmischungen hätten nicht aufgehört, während der Premier in Teheran «offiziell» meldete, am 9. Mai sei die Räumung abgeschlossen gewesen. Liest man beide Aeusserungen genau, bemerkt man, dass sie einander gar nicht zu widersprechen brauchen! Sagt dieses verdächtige Hin und Her dem Bürger in USA, dass man «vor den Russen auf der Hut sein» müsse, gibt ihm eine andere Meldung jene Zuversicht, welche ihn in die entschlossene nationalistische Offensivfront einreicht: *Eine von Amerikanern ausgerüstete nationale Armee der Chinesen hat den mandschurischen Kommunisten die Hauptstadt Tschangschun entrissen!* Derselbe Bürger wird, wenn er hört, dass die Russen Oesterreich teilweise räumen wollen, überzeugt sein, dass Moskau hier einer künftigen und sehr scharfen Forderung des Mr. Byrnes zuvorkommend ausweicht!

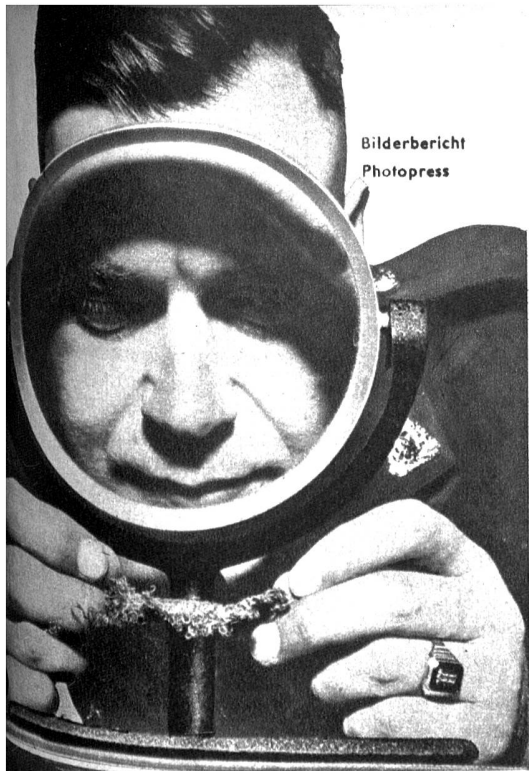
Jorellenstube

Herrengasse 25 (Casino)

DIE JUKONREITER



- ① Die kanadischen Polizisten sind ausnahmslos ausgezeichnete Reiter. Es gibt in Kanada noch viele unerschlossene Gebiete, wo das Pferd das beste Bewegungsmittel ist
- ② An einer Mordstelle wurde ein Gewehr aufgefunden. Dieser Polizeikorporal sucht auf dem Kolben nach Fingerabdrücken, die schon hunderte von Verbrechen aufgeheilt haben
- ③ Wie jede moderne Polizei, bedient sich auch die Kanadische des Funkspruchs, um mit mobilen Patrouillen im Kontakt zu bleiben
- ④ Der Küstenpolizei gehört u. a. dieser Schoner St. Roch, den wir hier im Hafen von Vancouver zeigen, nachdem er die berühmte «Nord-West-Passage», d. h. die Beringstrasse, durchfahren hat
- ⑤ Ein guter Polizist muss auch gut schwimmen können. Hier zeigen wir die Übungen kanadischer Polizisten im Rettungsschwimmen, durchgeführt im Lager von Regina, Provinz Saskatchewan
- ⑥ In den Indianerreservaten üben die Polizisten das Amt des Friedensrichters aus. Auf u. B. sucht ein Polizist die Identität eines Stiers festzustellen, um dessen Besitz sich ein Indianer und seine Nachbarn streiten



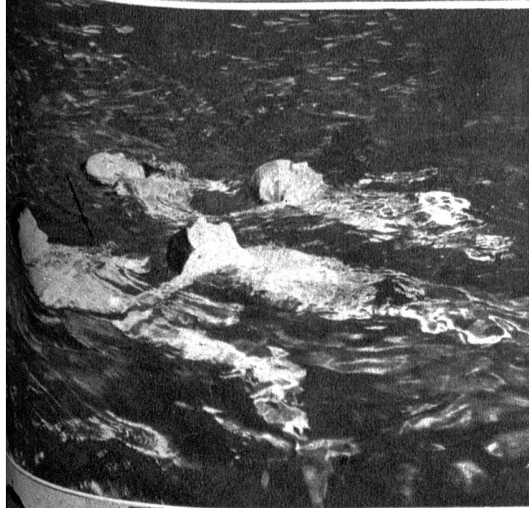
Bilderbericht
Photopress

Das Tagewerk der Kanadischen Staatspolizei

Das grosse und tapfere Polizeikorps, das heute in Kanada für Ruhe und Ordnung sorgt, ist aus einer kleinen Gruppe von 300 Männern entstanden, die ehemals die riesigen, auch heute noch dünn besiedelten Westgebiete überwachten. Die Leistungen der Kanadischen Polizei sind weit über die Grenzen des britischen Dominions hinaus bekannt, sind sie doch öfters im Film und in der Literatur verherrlicht, bisweilen allerdings auch verächtlich worden.

Der Kern, aus welchem sich die R. C. M. P. (= Königliche berittene Polizei Kanadas) entwickelt hat, war die sogenannte *Manitoba-Polizei*, die Polizei der heutigen Provinz Manitoba. Sie hatte als Aufgabe, wie es in den Statuten stand, «den Frieden in jenen Gebieten aufrechtzuerhalten; die Indianer gegen die Habgierigkeit der Weissen zu verteidigen; den Weissen vor dem Verrat der Indianer zu schützen; den Liqueur-Schmuggel an der Grenze zu verhindern, und beim Ausbruch eines Krieges die Streitenden zu entwaffnen.» Dies sind mehr oder weniger auch heute noch die Pflichten der Kanadischen Polizei. In erster Linie hat sie für die Beobachtung der Gesetze zu sorgen. Auch heute noch befindet sich in jedem Indianerreservat ein Offizier der Kanadischen Polizei, der dort als Friedensrichter seines Amtes waltet. Auch heute noch wachen die kanadischen Polizisten an den Grenzen der USA, um den Schmuggel zu unterdrücken.

Der Weltkrieg hat die Reihen der Kanadischen Polizei erheblich gelichtet, da sie einige Bataillone auf die europäischen Schlachtfelder entsandte. Das bedeutete für die Zurückgebliebenen eine Steigerung der Arbeitslast. Die Polizei hat aber auch während des Krieges erfolgreich gearbeitet. Was zeugte besser dafür als die Tatsache, dass kein einziger Sabotageakt unternommen wurde? Und doch gab es auch in Kanada genügend vom Ausland bezahlte Spitzel, Faschisten und Nazisten, denen nicht ohne weiteres zu trauen war! Nun, da der Krieg vorbei ist, kann die Kanadische Polizei wieder an den Ausbau ihrer mächtigen Organisation denken, und zum erstenmal seit Jahren rekrutiert sie wieder in grossem Massstab ihren Nachwuchs. Etwas vom vielfältigen Tagewerk dieser Polizei erzählt unsere heutige Bildfolge.



Die Polizei regelt den Verkehr auf den grossen Adern des Landes. Hier steht ein Polizist bei Winnipeg-Wache an einer Unfallstelle. Mit einem Leuchtsignal fordert er die Vehikel zum Stillstehen auf

In Regina befindet sich auch das Kriminologischen Institut der Kanadischen Polizei, wo von allen möglichen Gegenständen Gipsabdrücke genommen werden. Hier werden z. B. Totenmasken von unidentifizierten Toten hergestellt

Ein Jugoslawischer Internierter erzählt:

«Es gibt noch Liebe auf der Welt...!»

Ausgeplaudert von Friedrich Bieri

Immer wieder hatte die wunderschöne Utascha den «Baschi», wie man ihn weit herum in den Dörfern nannte, abgewiesen. Er sah aber auch gar zu komisch und unansehnlich aus! Solch' einen krummbeinigen Burschen gab es wohl weit und breit im ganzen Kirchenspiel nicht mehr... Krummlachen konnte man sich — und das taten die Mädchen besonders gern, wenn sie den «Baschi» die Dorfstrassen entlang wandern sahen...!

Dabei war er doch sonst gar kein so übler Mensch, der «Baschi»! Die Alten im Dorfe, die weit weniger auf gerade Beine als auf die Vorzüge des Herzens Wert legten, lobten seinen Anstand, seine Treue und seinen wirklich vorbildlichen Fleiss in allen Tonarten. — «Die stolze Utascha wird sich noch einmal nach einem solchen Manne umsehen!» hiess es im Dorfe.

Freilich — zunächst einmal dachte die vielumworbene Utascha noch nicht daran, sich nach dem missgestalteten «Baschi» umzusehen... Oft schon hatte er sie gebeten, doch seine Frau zu werden; aber immer wieder hatte sie ihm einen mächtigen Korb gegeben... «Was würden denn die andern Mädchen in den Dörfern ringsum und in unserem Dorfe sagen, wenn ich plötzlich den unansehnlichsten Burschen im ganzen Kirchspiel heiraten würde?» hatte sie dem «Baschi» das letzte Mal durch eine ihrer Freundinnen spöttisch ausrichten lassen.

Den gutmütigen «Baschi» kränkte das Verhalten der stolzen Utascha gewaltig. Und da er Mut hatte und überdies in die hübsche Utascha wirklich von ganzem Herzen verliebt war, ersann er sich etwas ganz Ausgefallenes.

Eines Tages tauchte der «Baschi» im Spital des Bezirkshauptortes auf, wo er sofort den Chefarzt zu sprechen wünschte. Dieser nun sollte ihm — so forderte der «Baschi» allen Ernstes von dem verblüfften Professor — ohne jeden Verzug beide Beine brechen, damit dieselben wieder gerade würden! Man könne das jetzt machen; dies habe er nun schon verschiedentlich gehört und auch schon zweimal gelesen!

Lange versuchte der Professor ihn von diesem gefährlichen Gedanken abzubringen. Es könne schief ausgehen, und dann würde er überhaupt nicht mehr gehen können, erklärte ihm der Chirurg in ernsten Worten. Aber der «Baschi» bestand auf seinem Vorhaben — und schliesslich tat ihm der Professor den Gefallen...

Vier Monate lang musste der «Baschi» unter grossen Schmerzen im Bette und in Liegestühlen liegen. Dann jedoch verliess er stolz und mit vollkommen geraden Beinen und aufrechten Ganges das Spital.

Der «Baschi» begab sich nach seiner Heimkehr ins Dorf zu der hübschen und stolzen Utascha. Ob sie nun noch immer nein sage, wollte er wissen?

«Nein — natürlich nicht, solcher Liebe gegenüber konnte sie wirklich keinen Korb mehr austellen...!»

Der «Baschi» hat die Schweiz, die er als Freiheitskämpfer vom Süden her einmal betreten hatte, wieder verlassen. Er ist unterdessen zum zweiten Male zu seiner hübschen und stolzen Utascha zurückgekehrt.